

Eigenössisches Finanzdepartement (EFD)
Rechtsdienst Generalsekretariat
Bernerhof, 3003 Bern
regulierung@gs-efd.admin.ch

Bern, den 27. März 2014

Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Finanzmarktinфраstruktur (FinfraG)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Widmer-Schlumpf
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Grünen begrüßen die Stossrichtung des Gesetzesentwurfs, mehr Transparenz im ausserbörslichen Derivatehandel zu gewährleisten. Allerdings bedauern sie, dass keine stärkeren Massnahmen ergriffen werden, um den sinnvollen Derivaten einen Rahmen zu geben. Derivate müssen ihren eigentlichem Zweck der Abdeckung verschiedener Risiken und damit der Realwirtschaft dienen statt der Spekulation. Die Grünen hatten bereits im Jahr 2009 einen Vorstoss dazu eingereicht ([Postulat 09.3990](#)).

Unklar ist diesbezüglich, ob das neue Gesetz sich auch auf Finanzaktivitäten zum Rohstoffhandel und andere Bereiche wie beispielsweise den globalen Kunsthandel bezieht. Gerade in diesen Bereichen wären bessere und verbindlichere Transparenz-Vorschriften sehr wichtig, weil hier für die Schweiz sehr hohe Reputationsrisiken lauern. Nahrungsmittel-Spekulation oder der Handel mit Blutdiamanten sind sicher nicht im Interesse der Schweiz. Auch fehlt ein expliziter Einbezug von „Schattenbanken“ wie beispielsweise Hedge Funds in die neue Regulierung der Finanzmarktinфраstruktur.

Die Grünen fordern ausserdem, Massnahmen gegen den automatisierten Hochfrequenzhandel zu ergreifen, bei dem Informatikprogramme in Millisekunden tausende von Aufträgen erteilen und widerrufen. Beispielsweise Deutschland hat zumindest erste Massnahmen in diesem Bereich ergriffen. In der Schweiz wäre zu diesem Zweck eine Einschränkung des Widerrufrechts von Aufträgen denkbar.

Grundsätzlich sollte das FinfraG so wenig wie möglich von der in der Europäischen Union aktuell eingeführten Direktive EMIR (European Market Infrastructure Regulation) abweichen. Jede Abweichung bevorzugt die grösseren Banken und bedeutet eine Benachteiligung der regionalen, inländisch orientierten Banken. In der Konsequenz wird es für die lokale Wirtschaft schwieriger beziehungsweise teurer, sich mit Krediten zu versorgen.

Die Einführung von zentralen Gegenparteien (CCPs) ist aufgrund von EMIR wahrscheinlich nicht aufzuhalten. Sie führt dazu, dass Banken für ihre Geldversorgung (primär Swaphandel) ihre Gegenparteien nicht mehr direkt kennen und in der Konsequenz mehr Collateral (Sicherheiten) halten müssen. Diese für Grossbanken und den grenzüberschreitenden Handel richtige Regelung benachteiligt ebenfalls die lokal verankerten und primär im Inland tätigen Banken und wird deren Geldbeschaffung und damit die Kreditversorgung für das lokale Gewerbe verteuern. Um diesen negativen Effekt zu vermeiden könnte man der Schweizer

Nationalbank SNB erlauben, ausserhalb von CCPs eine entsprechende Handelsplattform für inländische Banken zu betreiben.

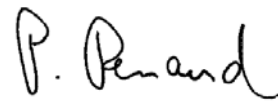
Momentan erarbeitet eine hochkarätig besetzte Expertengruppe um Professor Brunetti eine neue Finanzmarkt-Strategie. Es besteht die Gefahr, dass sich deren Resultate und der aktuelle Gesetzesvorschlag widersprechen und dass man darum sehr bald dieses Gesetz nochmals ändern muss.

Wir danken Ihnen für die Aufmerksamkeit und bitten Sie, die Empfehlungen der Grünen zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüssen,

Handwritten signature of Regula Rytz, consisting of a horizontal line followed by a stylized 'R' and another horizontal line.

Regula Rytz
Co-Präsidentin der Grünen Schweiz

Handwritten signature of Pascal Renaud, written in a cursive style.

Pascal Renaud
Politischer Sekretär Grüne Schweiz